



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-4744 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 73 75 07  
Fernschreib-Nr. 111800  
DVR: 0090204

Zl. 5907/4-Info-88

2102 IAB  
1988 -07- 07  
zu 23461J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.  
Strobl und Genossen vom 22. Juni 1988, Nr.  
2346/J-NR/88, "Weisung an die Tiroler Landes-  
regierung zur Beibehaltung der bisherigen  
Überladungstoleranzgrenze von 5 Prozent"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2:

Nein, eine derartige Weisung ist nicht erfolgt.

Zu den Fragen 3 und 4:

Nein, ein derartiges Ersuchen wurde seitens der Tiroler Landesregierung nicht an mich herangetragen. Ich darf jedoch der Vollständigkeit halber ausführen, daß das Ziel des von Ihnen zitierten Erlasses die Festsetzung einer bundesweit einheitlichen Toleranzgrenze von fünf Prozent war. Basis des Erlasses war das Protokoll einer Besprechung zwischen Beamten des Bundesverkehrsministeriums in Bonn und meines Ressorts im Dezember 1987. Besonders hervorzuheben ist, daß an den diesbezüglichen Verhandlungen auch die beamteten Verkehrsreferenten der Bundesländer Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg teilgenommen haben.

Wien, am 6. Juli 1988

Der Bundesminister